

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 M., vierteljährlich 4,50 M. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hankmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 33-42. Telefon-Nr. 98 u. 99. Telegr.-Adr.: Altkarband Bochum.

Die Opfer der Bergarbeit.

Millionen und Abermillionen durchsuchen jetzt die Verlustlisten von den Kriegsschauplätzen. Diesseits und jenseits der Grenzen hängen die Menschen um das Schicksal ihrer im Kriegselben stehenden Angehörigen. Ob Freund oder Feind, irgend einen Menschen haben doch alle in ihrer Heimat, der auf die glückliche Wiederkehr des Blutsverwandten oder Herzogsfreundes hoffen. Darum lesen jetzt die Millionen und Abermillionen mit gespannter Aufmerksamkeit die Verlustlisten, um so gespannter, je länger die Feldpost kein Lebenszeichen von dem Leuten gebracht hat.

Vor uns liegt eine andere Verlustliste: Der Bericht der im Jahre 1913 und früher innerhalb Deutschlands durch Betriebsunfälle verwundeten und sofort getöteten Bergarbeiter! Der Krieg ist ein grauenvolles Ereignis, er erschüttert die Menschenherzen bis ins Tiefste durch die Gewalttätigkeit der Vorgänge. Wir vernehmen trotzdem, daß nicht nur Landsknechtsgenossen, sondern auch feine empfindende Menschen im Schlachtengetöse erstaunlich schnell der Abstumpfung gegenüber den fürchterlichen Kriegsszenen erliegen. Das mag in gewisser Hinsicht ein Vorteil sein, aber es ist und bleibt doch eine ungeheure sittliche Gefahr für die Menschheitskultur. Wie es auch eine viel zu sehr unterschätzte Gefahr für unsere Kultur ist, daß die Bergarbeiter sich zu sehr an die Betriebsverfahren „gewöhnen“ müssen und die Hebung eines Großindustriegleichts die täglichen Verlustmeldungen vom Schlachtfelde der Industrie — wenn es sich nicht gleich um eine Massenkatastrophe handelt — schließlich mit gleichem Gleichmut liest. Dieser Gleichmut birgt die Gefahr der Verrohung in sich und ist auch ein starkes Hemmnis sozialer Reformen.

Ueberlege man einmal ernstlich folgende Verlustliste: Allein in den letzten zwei Jahrzehnten (1894/1913) sind bei der Deutschen Knappschaftsberufsgenossenschaft

1 576 570 Unfälle

zur Anmeldung gekommen! Jährlich ereigneten sich durchschnittlich über 78 800 Unfälle! Viele tausende Verwundungen infolge Betriebsunfälle sind dabei nicht einmal zur Kenntnis der Knappschaftsberufsgenossenschaft gekommen. Die preussischen Knappschaftskassen allein zählten in vier Jahren (1909/1912) 488 489 neue Unfallranke unter ihren Mitgliedern, während in derselben Zeit „nur“ 457 316 Unfallverletzte bei der Knappschaftsberufsgenossenschaft, die bekanntlich ganz Deutschland umfaßt, angemeldet wurden. Es kommen also tatsächlich alljährlich viele tausend Unfallverletzungen, obgleich sie eine zeitweilige Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben, nicht zur Kenntnis der Knappschaftsberufsgenossenschaft.

Wir erfahren zu unserem Troste, daß die neueren Kriege verhältnismäßig viel weniger Menschenleben gekostet haben, wie die früheren. Dagegen muß leider eine enorme Vermehrung der Tötungen und Verwundungen im Bergwerksbetriebe beklagt werden. Auf je 1000 Bergwerksarbeiter (alle Betriebe, Gesamtbelegschaft) kamen zur Anmeldung

1886: 65,45, 1913: 145,53 Unfälle!

Weit mehr als eine Verdoppelung haben auch die schweren und tödlichen Unfälle (entschädigte) erfahren; es entfielen nämlich solche auf je 1000 Versicherte

1886: 6,60, 1913: 14,98

dabon sofort tödliche:

1886: 2,13, 1913: 2,31.

Die Höhe der Unfallziffern ist nicht gleich bei allen Bergbauarten; aber bei allen sind sie bedeutend gestiegen. Von je 1000 Versicherten erlitten (angemeldete) Betriebsunfälle im deutschen

	1887	1900	1913
Steinkohlenbergbau	87,3	121,93	162,79
Braunkohlenbergbau	38,6	71,68	116,38
Erzbergbau	43,7	48,39	89,58
Salzbergbau	53,4	63,95	81,70

Verhältnismäßig ist die Unfallziffer bei der Braunkohlenzengewinnung am stärksten angeschwollen, obgleich diese in der neuesten Zeit in bedeutend erweitertem Umfange in Tagesbauen vor sich geht, wo die natürlichen Betriebsgefahren weit geringer sind als im Untertagebau. Das schon läßt darauf schließen, daß durch geeignete Betriebs- und Lohnreformen sich die Unfallzahlen auch im Bergbau erheblich vermindern lassen.

Zur Abmilderung der zunehmenden totalen Unfallziffern wird von den Interessenten auf die vergleichsweise manchmal niedrigeren Zahlen der „entschädigten“ Unfälle verwiesen. Wer infolgedessen der Ansicht ist, die nicht entschädigten Unfälle seien alle nur ganz leichter Art, der befindet sich in einem schlimmen Irrtum. Jeder Kenner der einschlägigen Verhältnisse weiß, daß eine große Menge Unfallverletzte trotz Einbuße an ihrer Gesundheit keine Unfallrenten erhalten. Wieviele Verletzte wissen ihr gesetzliches Recht in der vorhergesprochenen formellen Weise zu wahren? Wieviele haben eine sachkundige Vertretung vor den Schiedsgerichten? Der geringste Teil der Versicherten ist gewerkschaftlich organisiert, der größere Teil steht darum in Notfällen ohne den gewerkschaftlichen Rechtsschutz da. Tausenden Unfallverletzte gehen mangels sachkundiger Vertretung ihr Rentenanspruch verloren. 1913 erledigten die Knappschaftlichen Oberversicherungsämter 7151 Unfallrentensachen. In 5447 Fällen siegte die Berufsgenossenschaft, nur in 668 Fällen obfielen die Unfallverletzte! Vor dem Reichsversicherungsamt wurden 79,70 von 100 Streitfällen zugunsten der Berufsgenossenschaft, nur 14,58 von 100 zugunsten der Versicherten entschieden. Wer den Schiedsgerichtsverfahren nicht beiwohnt, weiß, daß viele ausichtslosse Rentenansprüche nur infolge der Unkenntnis und Unbeholfenheit der Verletzten nicht durchgesetzt werden. Würden alle Versicherten im Bergarbeiterverband organisiert und damit berechtigterweise, dann könnten unsere Arbeitersekretariate und Rechtsschutzbeamten für einen

besseren Erfolg der klagenden Unfallverletzten sorgen. So aber, wie die Dinge heute liegen, stehen die allermeisten Unfallverletzten in Rentenprozessen ohne erfahrenen Beirat vor dem Schiedsgericht, während die Berufsgenossenschaft ihre Sache stets durch rechtskundige und geschäftsgewandte Vertreter führen läßt. Darum ist es absolut falsch, nur von der Höhe der „entschädigten“ Unfälle auf die Größe der Betriebsgefahren zu schließen.

Über auch wenn wir nur die „entschädigten Unfälle“ in Betracht ziehen, kommen schon zur tiefen Traurigkeit stimmende Verlustziffern zum Vorschein. Von 1885/86 bis inklusive 1913 kamen unter den in der Knappschaftsberufsgenossenschaft Versicherten folgende Verluste zur „Entschädigung“:

- 35 599 sofort Getötete;
- 2 099 sehr schwer Verwundete;
- 59 696 minder schwer Verwundete;
- 114 082 leicht Verwundete.

Durch große Massenkatastrophen haben manche Schachtbelegschaften schon ebenso blutige Verluste erlitten, als mancher Truppenteil, der in mörderisches feindliches Feuer geriet. Alljährlich kamen leistungsfähige Bergwerksarbeiter zu Tode im Betrieb, 300 bis 400 wurden alljährlich ebendort verwundet! Von den meisten Opfern der Bergwerksarbeit erfährt die Öffentlichkeit nicht Name noch Ort, erst der summarische Jahresbericht der Berufsgenossenschaft läßt uns die Gesamtheit der schweren Verluste an Menschenleben und Arbeitskraft erkennen.

Wie außerordentlich hoch diese Verluste in den einzelnen Revieren angewachsen sind, zeigt folgende Tabelle. Von den Belegschaftsmitgliedern wurden durch Betriebsunfälle sofort getötet oder so schwer verwundet, daß ein erheblicher Teil der Arbeitskraft verloren ging:

in der Section	1885/86	1900	1913	1895/86 bis incl. 1913
Bochum	433	1076	2634	38 914
Bonn	082	3170	5928	94 062
Clausthal	50	178	325	4 853
Halle a. S.	184	616	1040	17 337
Waldburg i. Schl.	75	143	235	4 210
Deuthen D.-Schl.	336	1891	8024	40 268
Braunau	176	252	373	8 578
München	81	67	204	2 950
Zusammen	2267	8804	13 763	211 476
pro 1000 Versicherte	6,60	12,19	14,98	

Würden wir, wie z. B. Großbritannien, ein Drittel weniger Bergmannsunfälle zu beklagen gehabt haben, so befänden wir jetzt ein Mehr von Zehntausenden leistungsfähigen Bergarbeitern, auch ein Mehr an Volkskraft, das wir jetzt doppelt schmerzlich entbehren. Eine Verminderung der Unfallverluste bedeutet auch eine entsprechende Ersparnis an Ausgaben der Berufsgenossenschaft, über deren zunehmende Belastung die Werksbesitzer andauernd klagen. Die Verbesserung des Arbeiter-schutzes liegt also sowohl im Interesse der Arbeiter, als auch der Werksbesitzer! Mit einer Erhöhung der Rentenzahlung, wodurch nur die Zahl der „entschädigten Unfälle“ herabgedrückt wird, ist aber das Problem nicht gelöst.

Manche Armeekorps im Kriegsfelde erleiden nicht so viele Verluste, wie namentlich die „Armeekorps der Pohlenbergwerker“ bei der Berufsarbeit. Sehr viele der nächstbeteiligten empfinden das nur nicht mehr, weil sie von den alljährlichen Verlustmeldungen vom Industriefeld abgestumpft sind. Wer aber diese langen Verlustlisten kennt und würdigt, der erträgt leichter die Meldungen von den Menschenopfern, die der um uns tobende Völkerring fordert.

Bergarbeiterlöhne in Preußen.

Nach der amtlichen Lohnstatistik, veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ (Nr. 215 vom 12. September 1914), sind die Bergarbeiterlöhne im preussischen Bergbau auch im 2. Vierteljahr 1914 weiter gestiegen. Es betrug:

	Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht			Vierteljahrslohn pro Arbeiter		
	1913	1914	1914	1913	1914	1914
Muhrgebiet	5,42	5,25	5,22	463	402	402
Oberschlesien	3,68	3,67	3,65	303	280	267
Niederschlesien	3,45	3,49	3,49	287	375	266
Saargebiet	4,44	4,43	4,42	355	330	325
Kagener Revier	4,97	4,88	4,80	415	380	365
Niederh. Steinkohlenbergb.	5,69	5,52	5,49	462	405	412
Haller Braunkohlenbergbau	3,80	3,72	3,74	307	289	284
Linsch. Braunkohlenbergb.	4,30	4,25	4,25	347	329	328
Haller Salzbergbau	4,23	4,22	4,20	346	336	320
Clausthaler Salzbergbau	4,41	4,41	4,39	361	349	330
Ransfelder Erzbergbau	3,70	3,74	3,66	304	298	281
Oberharzer Erzbergbau	3,61	3,69	3,55	284	271	263
Siegener Erzbergbau	4,49	4,45	4,40	351	347	330
Hassau-Wesl. Erzbergbau	3,54	3,53	3,52	281	275	260
Reichsrhein. Erzbergbau	3,88	3,96	3,97	305	308	289
Linschlein. Erzbergbau	3,27	3,28	3,34	261	249	247

Der Vierteljahrslohn ist also in allen Revieren stark gestiegen, desgleichen der Durchschnittslohn pro Schicht mit Ausnahme von Niederschlesien und des rechts- und linksrheinischen Erzbergbaues. Der starke Lohnrückgang tritt noch besser in Erscheinung in folgender Gegenüberstellung, wonach im preussischen Bergbau betrug:

	Gesamtbelegschaft	Gesamtlöhnsomme	Vierteljahrslohn pro Arbeiter
3. Viertel 1913	728 766	288 270 530 M.	398 M.
4. Viertel 1913	754 511	279 390 805 M.	370 M.
1. Viertel 1914	772 609	275 825 088 M.	357 M.
2. Viertel 1914	767 177	269 826 362 M.	352 M.

Während also die Zahl der Gesamtbelegschaft stieg von 728 766 im 3. Viertel 1913 auf 767 177 im 2. Viertel 1914 oder um 43 411, sank die Gesamtlöhnsomme in der gleichen Zeit von 288 270 530 M. auf 269 826 362 M. oder um 18 453 168 M. Der Vierteljahrslohn pro Arbeiter sank um 46 M. = 11,8 Prozent. Wären Durchschnittslohn und Schichtenzahl nur auf der Höhe geblieben, die sie im 3. Viertel 1913 erreicht hatten, dann müßte entsprechend der höheren Belegschaft die Gesamtlöhnsomme betragen:

- 4. Viertel 1913: 800 516 040 M. statt 279 390 805 M.
- 1. Viertel 1914: 807 498 382 M. statt 275 825 088 M.
- 2. Viertel 1914: 805 886 446 M. statt 269 826 362 M.

Der durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl entstandene Gesamtlöhnerverlust im preussischen Bergbau betrug mithin:

- 4. Viertel 1913: 21 125 735 M.
- 1. Viertel 1914: 81 670 294 M.
- 2. Viertel 1914: 85 510 084 M.

Summa: 88 306 113 M.

Dabon entfallen allein auf den Ruhrbergbau:

- 4. Viertel 1913: 15 258 621 M.
- 1. Viertel 1914: 24 710 915 M.
- 2. Viertel 1914: 24 686 195 M.

Summa: 64 655 731 M.

Der durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl entstandene Gesamtlöhnerverlust betrug danach in drei Vierteljahre im preussischen Bergbau 88 306 113 M.; dabon entfallen allein auf den Ruhrbergbau 64 655 731 M. Dort also, wo die Werksbesitzer die größten Gewinne erzielt haben, sind die Lohnrückgänge und Löhnerverluste weitaus am stärksten. Das ist bezeichnend!

Schädigung der Arbeiterinteressen.

So betitelt sich ein Artikel in Nr. 187 der „Industrie“ vom 12. September 1914, worin die zeitweilige Aufhebung des § 13 des Kaligesezes gefordert wird, weil er die Lösung der Arbeitslosenfrage hindere und so das Arbeiterinteresse schädige. Darin wird u. a. gesagt, in ganz klassischer Weise trete „jetzt anlässlich der Kriegswirren der Fall ein, daß Wohlthat zur Plage wird und eine Maßregel, die vom grünen Tisch der sozialpolitischen Gesetzgebung zur materiellen und wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter erdacht worden ist, in der rauhen Praxis plötzlich zum größten Gemisch für die Beschäftigung von Arbeitern wird.“ Das treffe nur den Kaliberbau, der „in fast all seinen Wirtschaftsbedingungen gesetzlich reglementiert worden“ sei, und wo „ein Werk in seiner ganzen Rentabilität und Leistungsfähigkeit von Staatswegen bestraft werden kann, wenn die Durchschnittslöhne unter ein bestimmtes Maß herabgehen.“ Es sei ganz klar, „daß kein einziges Werk zu seinem Vergnügen oder aus übel angebrachter Sparsamkeit zu einer Reduktion der Löhne schreitet, sondern lediglich unter dem Zwange einer Konjunktur oder unter dem Druck sonstiger wirtschaftlicher, politischer oder materieller Verhältnisse.“ Die allermeisten Kaliberwerke hätten „jetzt unter dem unerbittlichen Zwang der Verhältnisse ihren Betrieb eingestellt.“ Die Arbeiter aber wollten beschäftigt sein und wendeten sich mit der Bitte um Einstellung an die Kaliberwerke. Diese könnten aber, lediglich um den Arbeitern Verdienst zu geben, den Betrieb teilweise aufnehmen, und sehr häufig erklärten die Arbeiter selbst, „sie möchten gern arbeiten, selbst um geringen Lohn, wenn sie nur etwas verdienen könnten.“ Aber da komme „der § 13 des Kaligesezes, der diese Hilfe verhindert und die Kaliberwerke, die für die Arbeiter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen angemessene Beschäftigung schaffen möchten, einfach lahmlegt.“ Das Problem der Arbeitslosen sei so bedeutungsvoll, daß es ihm gegenüber keine gesetzlichen Hindernisse geben könne. Es stünde daher nichts im Wege, „daß der Bundesrat den § 13 des Kaligesezes zeitweilig aufhebe, etwa, um hinreichende Garantien zu geben, bis zu einem Jahr nach Beendigung des Krieges.“

Einer auch nur zeitweiligen Aufhebung des § 13 des Kaligesezes steht unseres Erachtens recht viel im Wege. Bei Beginn des Krieges bestanden in Deutschland etwa 13 000 Tarifverträge für fast zwei Millionen Arbeiter. Mit derselben Begründung könnte man auch die Tarifverträge aufheben, weil sie dieselbe Wirkung haben, wie der § 13 des Kaligesezes, welcher befragt:

„Sinkt auf einem Kaliberwerk der innerhalb einer Arbeiterklasse im Jahresdurchschnitt für eine regelmäßige Arbeitsschicht gezahlte Lohn unter den für diese Klasse im Durchschnitt der Kalenderjahre 1907 bis 1909 gezahlten Lohn, so tritt für das folgende Jahr eine Kürzung der Beteiligungsziffer des Wertes im gleichen Verhältnis ein, in dem der Lohn der von der Lohnverminderung am stärksten betroffenen Arbeiterklasse gestunken ist.“

Durch diese Bestimmung soll verhindert werden, daß der Lohn unter den Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1909 heruntergeht. Wie notwendig das ist, zeigt schon folgende Gegenüberstellung, wonach der prozentuale Lohnanteil pro Arbeiter am Wert der Arbeitsleistung betrug im deutschen

	Steinkohlenbergbau	Braunkohlenbergbau	Salzbergbau	Erzbergbau
1907	58,58	50,17	39,20	50,60
1908	57,40	50,61	39,86	55,96
1909	55,55	49,99	39,40	55,90
1910	56,47	49,35	32,82	55,12
1911	57,28	48,52	31,56	54,15
1912	52,03	40,66	28,01	48,69

Der prozentuale Lohnanteil am Wert der Arbeitsleistung ist danach im ganzen deutschen Bergbau gegen 1907 erheblich zurückgegangen, am stärksten aber im Kaliberbergbau, wo seit 1910 das Kaligesez mit dem angeblich die Interessen der Arbeiter schützenden § 13 besteht. Trotzdem ist der Lohnanteil seitdem noch weiter gestunken. Gätte das Gesetz aber nicht bestanden, wäre der Rückgang sicher noch stärker gewesen. Eine auch nur zeitweise Aufhebung des § 13 würde u. G. daher ein noch stärkeres Zurückgehen des Lohnanteils zur Folge haben, ohne daß der gewünschte Zweck, Minderung der Arbeitslosigkeit, erreicht würde. Die Kaligrubenbesitzer würden doch kaum mehr

Leute beschäftigen, wie sie brauchen. Das bedeutet ihr bisheriges Verhalten den Arbeitern gegenüber.

Die Tarifverträge haben dieselbe Wirkung, wie der § 13 des Reichsgesetzes. In ihrem Gültigkeitsbereich ist die Arbeitslosigkeit noch größer, wie in der Metallindustrie. Und doch sind die Unternehmerverbände für Einhaltung derselben eingetreten.

Hier fordern also Unternehmerverbände strikte Einhaltung der Tarifverträge, obwohl danach meist höhere Löhne gezahlt werden, wie in der Metallindustrie. In der Metallindustrie betragen die Durchschnittslöhne pro Schicht in den Jahren 1907 bis 1909:

	1907	1908	1909
Oberbergamtsbezirk Halle	3,05 M.	3,03 M.	3,30 M.
Oberbergamtsbezirk Clausthal	4,09 M.	4,00 M.	4,08 M.

In der „Rheinischen Zeitung“ (Nr. 101) vom 11. September) wendet sich ein Vorgesetzter einer westdeutschen Stadt gegen Metallarbeiter, die nur ausgeführt werden, um die Arbeitslosen von der Straße zu bringen, und schreibt: „Man kennt sie, die „Metallarbeiter“, diese Verlegenheitszeugnisse bei vorübergehender Arbeitslosigkeit: unwillig gegeben, unwillig genommen und denkbar niedrig entlohnt. Damit ist hier nicht geholfen. Wirkliche Arbeit muß gegeben und angemessener Lohn muß gezahlt werden, damit jeder seine Beschäftigung ernst nimmt und sich, wenn auch bescheidener als bisher, doch mit Sicherheit und Vertrauen durchschlagen kann.“

Ganz unsere Meinung: angemessener Lohn muß gezahlt werden, damit jeder seine Beschäftigung ernst nimmt und sich mit Sicherheit und Vertrauen durchschlagen kann. Durchschnittslöhne von 3,80 M. bis 4,00 M., die nach § 13 des Reichsgesetzes in der Metallindustrie mindestens gezahlt werden müssen, halten wir bei den heutigen Verhältnissen nicht einmal für angemessen. Nach der „Industrie“ hindern diese „hohen Durchschnittslöhne“ aber die Lösung der Arbeitslosenfrage in der Metallindustrie, schädigen darum das Arbeiterinteresse.

Den Metallwerkbesitzern war der § 13 des Reichsgesetzes immer ein Dorn im Auge und immer wieder wurde versucht, ihn zu umgehen. Wir wundern uns darum auch nicht, daß jetzt seine Aufhebung gefordert wird. Auch die Ausfälle der „Industrie“ gegen die Gesetzgeber überraschen uns nicht. Das alles ist uns aus alter Erfahrung bekannt. Ob aber in dieser Weise versucht werden könnte, die jetzige Kriegsnot dem Unternehmerinteresse dienlich zu machen unter dem Schein der Arbeiterfreundlichkeit, das hätten wir doch nicht erwartet.

Es mag sein, daß Arbeiter erklärt haben, sie würden gern zu geringerem Lohn arbeiten, wenn sie nur etwas verdienen könnten. Die Arbeitslosen befinden sich in einer Notlage und können nicht anders. Deshalb bleibt es doch ein Unrecht, diese Notlage in der Weise auszunutzen, wie es die „Industrie“ beschließt. Die mitleidige Lage in der Metallindustrie ist hauptsächlich verschuldet durch die Ueberproduktion der Metallindustriellen. Diese sollten darum auch die Folgen tragen und die Arbeiter nach Möglichkeit schadlos halten.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Kriegsunterstützung im Staate Hamburg.

Die Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern ist in Hamburg durch Senats- und Bürgerchaftsbeschlüsse in einer Weise geregelt worden, von der man nur wünschen kann, daß sie im ganzen Reich durchgeführt werden möchte. Den Anstoß gab ein sozialdemokratischer Antrag in der Bürgerchaft, bei dessen Begründung der sozialdemokratische Abgeordnete Stolten unter allseitiger Zustimmung erklärte, daß der Staat unter allen Umständen den im Felde stehenden Kämpfern die Ehrenpflicht schulde, dafür zu sorgen, daß ihre Angehörigen während des Krieges nicht zu hungern brauchen. Da die Reichsunterstützung für großstädtische Verhältnisse nicht entfernt ausreichte, müsse von den Einzelstaaten und Kommunen das übrige getan werden. In Anerkennung dieser Grundsätze ist nun folgendes beschlossen und als Gesetz verkündet worden:

Quartier in Feindesland.

Auch in Feindesland kann man behaglich leben. Ich kamte im Anfang der 90er Jahre in Dresden einen pensionierten Magistratsbeamten. Den traf ich einmal auf einem Ausfluge nach Moritzburg, dem in der Nähe Dresdens befindlichen Schloße Augustus des Starren. Als wir nun — eine größere Anzahl Personen — uns die Gemäuer dieses nur selten bewohnten königlichen Schloßes ansahen und der eine und der andere Anstöße der Verwunderung ausließ, da meinte jener einfache Magistratsbeamte: „Ja, das ist gar nichts; mein Schloß, in dem ich einmal sechs Wochen lang gewohnt, war weit prächtiger.“ Alle Hörer lachten und mancher glaubte wohl, der gute Mann sei übergeschnappt. Aber nein, er bestätigte seine für Söcher gehaltenen Mitteilung: 1870 war es gewesen, als er in Frankreich in solchem Schloße einquartiert war. Es war zwar nur ein prächtiges, aber doch viel prächtigeres Schloß noch gewesen als jenes königliche in Sachsen, und er, der Erzähler, bewohnte es nur als Würdige eines Offiziers, der mit einigen anderen Offizieren und deren Würdigen dort einquartiert war. Über die Herren Würdigen hatten dort ebenso prächtige Gemäuer zur Verfügung wie ihre Herren Offiziere, und sie brauchten nicht einmal diese sonderlich zu bedienen, denn die prächtigen Wäpser des Schloßes hatten ihre gesamte Dienerschaft, Köche, Stallburgen und weibliche Diensthöfen zurückgelassen, die die deutschen Gäste mit den unerschöpflichen Vorräten von Küche und Keller regalierten.

Natürlich zieht nicht jedermann solch Glücklos, aber selbst beträchtlich beschickene Quartiere sind oft noch recht hübsch. Daß sie in Ställen, Scheunen, Eisenbahnwaggons, ja oft genug auf freiem Felde lagern müssen, das bringt der Krieg natürlich mit sich. Wo aber Quartier gemacht wird, da suchen die Kruppenquartiermeister selbstverständlich ihre Mannschaften so gut wie möglich unterzubringen, und in Quartieren bei Belagerungen, wo man sich auf längere Zeit einzurichten muß, kann man es sich oftmals recht behaglich machen.

Ein reizendes Bild zum Beispiel schildert Ludwig Pfieß in seinen Kriegsbildern „Von Berlin bis Paris“. Er hatte in St. Germain einen Quartierort erhalten: „Witwe Marcelot“. Und er langte verlassen war. Die Tür war vom Kurier längst herausgenommen, was sie vermochte; die große Bettstelle war des Himmels und familiärer Bettstüde beraubt. „Wäre die Möbel“, so erzählt Pfieß, stehen noch, als ob es gegenwärtig wäre; jede Base, jedes der hundert Kästchen, Korbchen und Schachteln an seiner Stelle auf dem Kamminfuss, Kommode, Tischchen; jedes Bild an seinem Wandplatz, den es sicher dort seit 50 Jahren einnahm. Darunter merkwürdige Dinge, z. B. eingehängte Kleidungsstücke von Mäunders Hand, Zigarren junger Schatzkammer von entzückender, hysterischer Grazie.“ Und Pfieß schildert all die Herlichkeiten dieses Heimes einer alten hübschen Dame und erzählt dann: „Drängen in der kleinen Küche ein Wandspiegel — und nach ihr sah Pfieß mit Eingemachtem von jeder Fruchtorte in fest angeordneten Flaschen, Steingut- und Porzellanbüchsen und Köpfer mit allerlei darauf geschriebener Inhaltsangabe. Aber die Neugier meiner häuerlichen Schritte war damit noch nicht befriedigt. Sie entdeckten in der Rückenwand eine Tür zur Keller-

Den nach dem Reichsgesetz vom 28. Februar 1888 unterstützungsberechtigten Angehörigen der Kriegsteilnehmer, soweit sie bedürftig sind, werden in Zukunft Unterstützungen nach folgenden Sätzen gewährt, unbeschadet des Rechts, über diese Sätze hinauszugehen, falls die Verhältnisse dies erfordern:

1. für alleinstehende Männer monatlich 40 Mark;
 2. für alleinstehende Frauen monatlich 35 Mark;
 3. für Kinder, die sich nicht in der Pflege eines unterstützungsberechtigten Angehörigen des Kriegsteilnehmers befinden, monatlich 15 Mark;
 4. für ein kinderloses Ehepaar monatlich 55 Mark;
 5. für eine Frau mit einem Kind monatlich 50 Mark;
 6. für eine Frau mit zwei Kindern monatlich 62 Mark;
 7. für eine Frau mit drei Kindern monatlich 72 Mark;
 8. für eine Frau mit vier Kindern monatlich 80 Mark;
 9. für eine Frau mit fünf Kindern monatlich 87 Mark;
 10. für eine Frau mit sechs Kindern monatlich 93 Mark;
 11. für jedes weitere Kind monatlich 6 Mark.
- Unterstützungsberechtigte Erwachsene in der Familie werden wie Kinder gezählt.

Preisaufschläge von 36 bis 100 Prozent.

Die „Deutsche Industrie“, die Zeitung für die Förderung der Industrie in den östlichen Provinzen, stellt in Nr. 17 in einem Artikel, der sich gegen die Kriegspreise richtet, folgendes fest:

Für unser Wirtschaftsleben außerordentlich wichtige Lieferungsverbände und große Unternehmungen haben unter plötzlicher Aufhebung aller früheren Abkommen beim Kriegsausbruch unverzüglich Preisaufschläge von 80 bis 100 Prozent vorgenommen, denen eine sachliche Begründung nicht zugesprochen werden kann. Solche Erhöhungen in ganz unvorstellbarem Maße sind insbesondere auch in Fällen vorgekommen, wo die betreffenden Lieferungen Staats- (Kriegs-) Lieferungen darstellten.

Warum werden diese „Patrioten“, die mit dem Kriege 100prozentige Gewinne machen, nicht mit vollem Namen an den Pranger gestellt?

Lebensmittelversorgung ist keine Geschäftssache.

Ueber die Bedeutung der Lebensmittelversorgung als eine nationale Angelegenheit schreibt das „Korrespondenzblatt“ (Nr. 37) der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands zutreffend: „Hinsichtlich der Lebensmittelversorgung liegen die Dinge für Deutschland um so ernster, als wir in hohem Maße auf die Einfuhr von Nahrungs- und gewerblichen Rohstoffen angewiesen waren und diese zu einem großen Teil durch die feindliche Behinderung unseres Handels sowie des Handels mit uns lahmgelegt worden ist. So sind wir auf die allerdinge noch recht zahlreichen Vorräte angewiesen, die um so länger ausreichen dürften, als auch die Ausfuhr behindert und die Verwertung infolge Produktionsbeschränkungen erschwert ist. Braucht man danach auch nicht gleich mit größter Sorge in die Zukunft zu blicken, so erwacht uns um so mehr die Pflicht, mit diesen schwer erspahren Gütern hausälterlich umzugehen, ihrer Verschleppung ins Ausland, ihrer unnützen Vergeudung ebenso wie ihrer Verprobantierung oder aus spekulativen Absichten, um später höhere Preise zu erzielen, entgegenzutreten. Nicht minder muß für rechtzeitigen Ersatz durch Einfuhr über neutrale Länder oder durch Erzeugung von Ersatzmitteln gesorgt werden. Die Ausnutzung jedes zu Anbaugeweihten Bodens, auch des unbenutzt brachliegenden Braugeländes, die Ueberführung von Oeländereien, Heide- und Moorflächen in anbaufähiges Land, die rechtzeitige Fürsorge für die nächstjährige Ernte ist deshalb nicht minder wichtig, wie die Einbringung und ökonomische Verwertung der diesjährigen Frucht. Alle Lebensmittelfragen sind somit als nationale Fragen zu behandeln. Lebensmittelindustrien sind gemeinnützige Betriebe, die unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müssen. Das gilt nicht bloß von den Nahrungsmittelgewerben im engeren Sinne, wie Getreidehandel und -Zurichtung, Mähen, Wägereibetriebe, Obsterzeugung, Zucker-, Warenausbeute usw., sondern auch von der Verorgung mit Kohlen, Düngemitteln und tierischen Arbeitskräften, Beschäftigten. Solche Industrien und Gewerbe müssen im Interesse der Volkswirtschaft weiter betrieben werden, sei es durch Erleichterungen für die in Schwierigkeiten geratenen Gewerbetreibenden oder sei es im Wege von öffentlichen Anordnungen des Betriebszwanges oder durch Uebernahme in öffentliche Regie. Es zeugt von geringem Gemeinsinn, daß ein großer Teil der Besitzer der Kaiserbergwerke, nachdem sie vorher solche Werke weit über den Bedarf hinaus, lediglich aus Spekulationsabsichten, gegründet hatten, schon in den ersten Tagen des Krieges ihre Werke stillsetzten und die gesamten Vorkräften entließen, anstatt ruhig auf Vorrat arbeiten zu lassen und für gesteigerten Absatz im Inlande und im befreundeten Auslande zu sorgen. Gerade unsere Düngeles sind geeignet, den Lebensmittelbedarf des heimischen Bodens gewaltig zu erhöhen und besonders bisher ertragsloses Land rasch ertragsfähig zu machen. Der mögliche Vollbetrieb der Düngelesindustrie liegt also geradezu im Interesse der ganzen Nation. Man gebe diese Düngeles nur recht billig ab und verzichte auf die hohen Prämien für Propaganda, dann wird es an Absatz nicht mangeln.“

Behörden gegen hartberaige Hausbesitzer.

In Königsberg hat der Gouverneur das Mietentorium für kleine Wohnungen aufgehoben. Das gab zahlreichen Hausbesitzern Veranlassung, gegen die Familien der Kriegsteilnehmer rücksichtslos vorzugehen, so daß sich dagegen die Behörden öffentlich wendeten. Von amtlicher Seite wurde das Verhalten der Hausbesitzer wie folgt gekennzeichnet:

„Die in den letzten Tagen in weitem Umfange erfolgte Mahnung der Hauswirte um Zahlung der rückständigen Miete bei gleichzeitiger Drohung, die Mieter aus den Wohnungen herauszuwerfen, oder Drohung mit Pfändung der Möbel und Absperren des Wassers trifft zweifelsfrei die Frauen und Kinder der Kriegsteilnehmer auf das härteste. In der Sorge um das Leben des Ernährers, zu der Sorge um Beschaffung der Lebensmittel kommt dann noch die Sorge um die Wohnung, die die Betroffenen nur kopfs macht und oft der Verzweiflung nahe bringt. Denjenigen Hausbesitzern, die vor solchen Taten nicht zurückgeschreckt sind, sollte doch bekannt sein, daß sie nicht berechtigt sind Zwangsmaßnahmen gegen die Frauen der Kriegsteilnehmer ohne weitere vorgzunehmen. Sie dürfen die Familien weder ohne weiteres beaussehen, noch ihnen ihre Möbel einbehalten. Einer Klage auf Zerstörung dürften die Richter auf Grund des Kriegsgesetzes vom 4. August d. V. vorläufig doch wohl nicht stattgeben. Und eine Grausamkeit ist es, wenn man die Hauswirte, wie glaubhaft berichtet wird, durch Drohung und peinigende Maßnahmen gegen die Frauen der Kriegsteilnehmer versucht, ihre bisher ganz oder zum Teil unbegabte geliebten Mieten einzubekommen.“

Reform der Berginspektion.

Unfälle im niederschlesischen Bergbau.

Die Zahl der Belegschaft im niederschlesischen Bergbau stieg von 25 282 in 1904 auf 27 918 in 1912 oder um 2386 gleich 10,4 Prozent. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der Unfälle von 4387 auf 5844 oder um 1007 gleich 22,9 Prozent. Prozentual ist die Zahl der Unfälle also mehr als doppelt so stark gestiegen, wie die Belegschaftszahl. Nach der amtlichen Statistik wurden die Unfälle veranlagt:

	1905	1912
durch Schuld der Verletzten selbst	23,60 Proz.	14,47 Proz.
durch Schuld der Mitarbeiter	7,88 " "	2,98 " "
durch Gefährlichkeit des Betriebes	69,11 " "	82,55 " "

Die durch die Schuld der Verletzten oder der Mitarbeiter verursachten Unfälle sind danach von 20,89 auf 17,45 oder um 13,44 Prozent gesunken, die durch die Gefährlichkeit des Betriebes entstandenen Unfälle aber sind von 69,11 auf 82,55 oder um 18,44 Prozent gestiegen. Diese Zahlen lassen darauf schließen, daß auch die Verhältnisse für die Arbeiter entsprechend ungünstiger geworden sind.

Nun wurden im September 1910 bekanntlich die sogenannten Sicherheitsmänner eingeführt. Seitdem ist aber die Zahl der Unfälle noch stärker gestiegen. Während die Zahl der Belegschaft von 27 918 in 1910 auf 27 918 in 1912 oder um 61 gleich 0,2 Prozent sank, stieg die Zahl der Unfälle in der gleichen Zeit von 5000 auf 5844 oder um 344 gleich 6,9 Prozent. Die Sicherheitsmänner haben also bei steigenden Unfallzahlen keinen Einhalt tun können. Das liegt nicht an ihrer Unfähigkeit, sondern lediglich an ihrer Machtlosigkeit und Abhängigkeit von den Grubenbesitzern. Die Sicherheitsmänner müssen darum unabhängig gemacht und mit größeren Rechten ausgestattet werden. Nur dadurch, und durch eine zeitgemäße Reform des Arbeitsvertrages, lassen sich die erschreckenden Unfallzahlen vermindern.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

„Kohlen knapp und teuer“?

Verschiedene Bergwerksbetriebe in der Bergwerks- und Güterindustrie, so das Rheinisch-Westfälische Kohlenhandelsunternehmen, haben die Preise erhöht oder lassen Preiserhöhungen ankündigen. Das Kohlenhandelsunternehmen verlangt für das Quantum Hausbrandkohlen, welches mehr, als in den laufenden Lieferungsverträgen vorgesehen ist, gefordert wird, einen Preisaufschlag von 3 Mark pro Tonne. Nach einem süddeutschen Bericht der „Köln. Volksztg.“ vom 1. September fordert das „Kohlenkontor“ (Verkaufsstelle des Rhein.-Westf. Kohlenhandels) für seine Umschlüsse nun einen Aufschlag von 10 Mark pro 200 Zentner, für neue Käufe aber gar 20 Mark mehr. Die außerhalb des Schindlars stehenden Großhändler fordern mindestens um 20 Mark mehr.“

Wir haben es hier mit Großhandelspraktiken zu tun, die dem Wolfe seine nötigsten Bedarfsartikel bereuern und, wie auch die verschiedenen behördlichen Erklärungen zugeben, die Kriegsnöte noch verschlimmern. Zugegeben, daß die Selbstkosten der Werke infolge der Betriebsstörungen durch die Mobilmachung großer Belegschaftsteile und der Steigerung des Güterverkehrs erhöht wurden. Aber das geht überall so und wir meinen, daß allgemein gerade die Grubenbesitzer infolge der außerordentlich hohen Gewinne in den letzten Jahren mit am besten in der Lage sind, eine Preiskosten ohne Betriebsgewinn auszukommen. Zudem sind die Selbstkosten schon durch die seit vielen Monaten meist fallenden Löhne schon gesunken, während die

gosen sind. „O, ihr seid verloren! Ihr und alle anderen, die armen Jungen! Ihr kennt Frankreich nicht und Paris und unser unbesiegbares Meer. Ihr seid alle verloren, alle!“ So rief gerührt eine Französin der Einquartierung nach.

Ganz besonders erfreute es die Leute, wenn die „Kinderfressenden Barbaren“ sich freundlich gegen die Kinder erwiesen. Feilig Dahn, der als Samariter in den Krieg gezogen war, erzählt: „Zumal daß ich, wie mich das Herz trieb, mit den netten Kindern eifrig spielte, gefiel den guten Leuten; sie hätten mich krant gefüttert, wehrte ich nicht ab, die Frau schleppte ihr eigenes Stoffpflaster auf mein ohnehin treffliches Weit.“ Und später heißt es dann in seinem Bericht: „Als ich die Treppe hinabstieg, war alles still und leer; die Hausleute waren in der nahen Kirche, die einquartierten Soldaten abmarschiert. Da drang aus der offenen Tür eines Gemaches im Erdgeschoß die Stimme eines Kindes: es klang so eigen, so feierlich; ich trat leise, unbemerkt näher. In seinem Bettchen kniete das Kind der Hausleute, ein hübscher Knabe von etwa 5 Jahren, auf sein Gemächchen riefelte das blonde Haar; andächtig hob er die gefalteten Händchen zu dem Muttergottesbilde an der Wand empor und, nachdem er das Vater- und beendete, sagte er bei: „Und du, heilige Jungfrau, rette das arme Frankreich! Bitte: deinen Sohn für die armen Franzosen!“ Auf das tiefste erschüttert durch diese offenbar in den letzten Wochen dem Kleinen aufgelegten Worte, durch die reine, süßliche Stimme des Kindes schritt ich näher; die Tränen traten mir in die Augen, ich küßte den Knaben auf die schöne Stirn; er sah mich erstaunt, aber lächelnd an und schlang beide Arme um meinen Hals; so fand uns die Mutter; sie brach in lautes Schluchzen aus, ich aber ging, um nicht auch zu erwischen.“

Ja, auch in Feindesland gibt es gute Menschen. Sie fühlen trotz des Hasses auch menschlich. Richard Vogt, der als blutjunger, schwächlicher Mensch 1870 mit in den Krieg gezogen war, um Samariterdienste zu tun, erzählte gelegentlich, wie er einst in einem Quartier zusammen mußte, wie die Großen und Starren sich heranzubringen bei der Verteilung von Proviant, während er zu schwach zu entzückt war, um sich da mitdrängen zu können. So, ohne Öffnung, von der Tafel der Reichen auch nur einen Resten abzubekommen, sah er die Liebe ermahnt da. „Da wurde“, so erzählt er, „an meine Schulter gerührt, eine alte Bäuerin stand neben mir, die mir aufleuchtete: „Komma, armer Kleiner!“ Sie ging durch den Hof zum Haus, wo sie vor einer verschlossenen Tür, mich erwartend, stehen blieb. Dann öffnete sie, zog mich hinein und riegelte hinter mich zu. Ich wurde in ein Zimmer geführt, wo sich die Wirtin des Gutes befand. Diese hatte mich vom Fenster aus beobachtet und durch meine große Jugend, mein blaues Aussehen sich rühren lassen. Die gute Frau fragte mich, ob meine Mutter noch lebte? Und erzählte mir, daß ihr einziger Sohn Soldat und nun in Deutschland gefangen sei. Dann gab sie mir zu essen: kräftige Fleischsuppe und ein köstliches Kaninchenragout! Während ich aß, sah sie mich gegenüber, blidte mich unerbaurd an und sagte leise: „Er hat noch eine Mutter! Wenn seine Mutter das wüßte! Wie seine Mutter sich freuen würde!“

Und Richard Vogt fügte dieser Mitteilung die Worte hinzu: „Es war dies nicht die erste Gutmüt, die ich in Feindesland von Feindhänden empfing; und es sollte nicht die letzte sein!“

Kohlenpreise genötigt noch fast auf der großen Höhe der letzten Hochkonjunktur stehen zu bleiben. Sodann hat nun auch die Eisenbahnverwaltung billigeren Preisen für Kohlen usw. bewilligt. Dadurch wird wieder ein Teil der infolge der Kriegsverhältnisse eingetretenen Selbstkostenerhöhung ausgeglichen. Und wenn sich die Betriebe so gut wie es geht den neuen Fördermöglichkeiten angepaßt haben, dann wird die Selbstkostenquote weiter sinken. Natürlich werden nicht entfernt solche Preisrückgänge herausgemittelt werden können, wie sie in den letzten Jahren üblich waren, vielleicht werden hier und da größere Rückgänge nötig sein. Aber wir leben im Kriegszustande. Jedenfalls erwarten wir von der Regierung, daß sie gegen eine neue Belastung der ohnehin schwer leidenden Volksmassen durch weitere Erhöhungen der Brennstoffpreise rechtzeitig und energisch einschreitet. Es genügt nicht, den Kleinhandlern die Höchstpreise zu diktiert, auch den Großhändlern und dem Großhandel muß jetzt beigetragen werden, was jetzt ihre Pflicht ist.

Uebrigens erfahren wir aus Mitteln Deutschlands, daß dort einige namhafte Braunkohlen- und Brauneisenerze, z. B. die Niederbayerischen und die Böhmer-Weiskampfer, erklärten, keine Preisaufschläge einzutreten zu lassen.

Zahlreichen Meldungen aus Kameradenteilen zufolge werden jetzt Lohn- und Gebindeverschlechterungen von den Betriebsbeamteten begründet mit dem „Mangel an Absatz“. Dieser Begründung steht aber die Erklärung der Belegschaften, die Kohlen würden „knapp“, stracks entgegen. Tatsächlich ist in den letzten Wochen und noch mehr in den letzten Tagen eine bessere Regelung des Eisenbahnverkehrs von Kohle, Holz und Zement eingetreten. Der Hausbrand nimmt auch zu und es beginnt sich wieder auch der Absatz an Industriekohlen zu heben. Bereits am 12. September schrieb die „Rhein-Westf. Zig.“, die „Lage auf dem Kohlenmarkt“ sei „wesentlich besser geworden“. Eine „große Nachfrage nach Kohlen“ sei eingetreten, die Becken sind z. B. in Ruhrkohlen „mit Aufträgen so reichlich versehen, daß es unmöglich ist, allen Anforderungen auch nur annähernd gerecht zu werden“. „Stettinkohlen und Stettinkohlen gehen zurzeit gut ab.“ Gas- und Braunkohlen gehen glatt ab. Auch in Holz ist die Nachfrage besser, zum Teil „sehr stark“ geworden. Ein noch verstärkter Absatz steht in Aussicht.

So berichtet das Beckenblatt, widerlegt also strikte die Erklärung der Lohnabnehmer, es herrsche „Mangel an Absatz“. Weiter berichtet die Belegschaft in den letzten Tagen von größeren Vorkäufen schlechterer Kohle, von guter Beschäftigung der mittelbayerischen Becken, von einer „Welle“ auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt, Wiederinbetriebsetzung saarabälischer Hüttenwerke, wodurch der Holzabsatz steigt; ferner von Ankauf bedeutender Holzmassen durch den Eisenbahnbau. Alles Meldungen, die der Erklärung der Lohnabnehmer, es herrsche „Mangel an Absatz“, widersprechen. Hier könnte man annehmen, es würde den Becken, Holz- und Zementfabriken in Folge Arbeitermangel nicht möglich sein, den einheimischen Brennstoffbedarf zu decken. Aber auch das ist nicht zu befürchten, wenn keine unerwarteten Rückschläge eintreten. Ein sehr großer Teil der Industriekohlenverbrauch ist während des Krieges zu Betriebsbeschränkungen und Einstellungen gekommen. Unsere Kohlenausfuhr ist größtenteils eingestellt. Dadurch werden so große Mengen Kohlen für den Hausbrand und den sonst verbliebenen und neuen Bedarf frei, das eine wirkliche Kohlenknappheit nicht zu fürchten ist. Es lagern auch noch große Mengen Kohlen, Holz und Zement aus den Vorkäufen. Uebrigens würde eine Kohlenknappheit noch immer keine Preissteigerung rechtfertigen, denn sie würde das Uebel nur vergrößern. Wägen darum die verantwortlichen Konsum darauf achten, daß dem Gemeinwesen durch selbsttätige Geschäftskente nicht noch mehr Schaden zugefügt wird.

Heber die Lage in der Großeisenindustrie

schrieb die „Rhein-Westf. Zig.“ am 18. September u. a. folgendes: „Die belgischen und französischen Hütten liegen still, die Hauptindustrieregionen beider Länder befinden sich im Okkupationsgebiet der deutschen Truppen. Die deutschen Hüttenwerke können dagegen ohne Einschränkung produzieren, wenn ihnen erst die Versandmöglichkeiten wieder in vollem Umfang gegeben werden, was zweifellos in dem Maße nach und nach eintreten wird, als sich das Okkupationsgebiet der deutschen Truppen immer mehr nach dem Innern von Frankreich hineinzieht. Inwieweit die teilweise Unterbindung der Eisenerzlieferung auf den Betrieb und die Produktion der Hütten einen ungünstigen Einfluß ausüben wird, läßt sich vorläufig noch nicht übersehen. Zunächst werden die vorhandenen Vorräte an Eisenerz zur Aufrechterhaltung der Betriebe für einige Monate ausreichen. Ein großer Teil der Hütten ist auch vom Auslandsmarkt in Erzgen weniger abhängig, da er über hinreichend inländische Erze verfügt. Dagegen gehören vor allem die Saar-Lothar-Werke. Die Hütten am Niederrhein beziehen große Mengen schwedische und spanische Erze. Soweit erzieht in Frage kommen, wird die Zufuhr immerhin nicht unmöglich, für Transporte aus Spanien wird zurzeit kaum eine Möglichkeit bestehen. Wotan es hauptsächlich fehlen wird, sind hochhaltige Manganerze, wie sie die deutsche Eisenindustrie aus Indien, dem Kaukasus und Nordafrika bezieht. Diese Erze werden zwar nur als Zusatz im Hochofen verwendet, sind aber für die Herstellung von Hochofen zu bestimmten Zwecken unentbehrlich. In diesen hochhaltigen Manganerzen wird bei längerer Dauer des Krieges deshalb ein großer Mangel sicher zu

erwarten sein, da die Zufuhr vollständig unterbunden sein wird. Es stellt deshalb auch nur einen Akt der Selbsthilfe dar, der sicher auf Veranlassung unserer heimischen Industrie erfolgt ist, die Vorräte an Manganerzen auf den belgischen und französischen Hüttenwerken zu beschaffen. Im übrigen können nur Not auch Eisenländer und russische Erze als teilweise Ersatz herangezogen werden, wenn ihr Mangangehalt gegen die oben genannten Erze auch bedeutend geringer ist. Alles in allem sind wir der Meinung, daß die Erzbeschaffung durch den Krieg zwar erschwert, aber nicht ganz unmöglich gemacht ist und daß der deutsche Hüttenbetrieb und die Hochofenherzeugung deshalb keine Unterbrechung zu erleiden hat. Uebrigens dürften am 1. August auf den belgischen Hütten auch über 1 Million Tonnen Hochofen an Vorräten vorhanden gewesen sein.“ Auch diese Mitteilungen beweisen, daß die Lage der Bergwerks- und Hüttenindustrie Deutschlands auch jetzt verhältnismäßig günstig ist und kein zwingender Anlaß zu weiterer Verschlechterung der Arbeiterverhältnisse vorliegt.

Die Kohlenförderung der Welt

Ist nach einer, zum Teil auf Schätzungen beruhenden Statistik, enthalten im neuen Jahresbericht des Bergbauischen Vereins zu Essen, 1918 auf 1360 Millionen Tonnen (Tonne gleich 1000 Kilo) gestiegen; 1912 betrug sie 1245, im Jahre 1900 erst 768 Millionen Tonnen. In den Hauptländern betrug die Förderung (in Millionen Tonnen):

	1885	1900	1912	1918
N. St. v. Nordamerika:				
Weichkohle	68,06	192,8	408,8	484,1
Anthrazit	84,7	52,04	76,5	88,08
Großbritannien	161,0	228,7	284,5	292,04
Deutschland:				
Steinkohle	58,8	109,2	177,0	191,5
Braunkohle	15,8	40,4	82,3	87,4
Oesterreich-Ungarn:				
Steinkohle	8,8	12,4	17,1	17,7
Braunkohle	12,1	28,8	34,5	35,6
Frankreich:				
Steinkohle	19,06	82,7	40,80	40,12
Braunkohle	0,44	0,68	0,75	0,79
Belgien	17,4	25,4	22,9	22,8
Rußland	4,2	16,15	28,8	80,7

Die stärkste prozentuale Zunahme hat die russische Kohlenförderung erfahren, wobei noch zu beachten ist, daß die Zahlen für 1912 und 1918 nur das europäische Rußland betreffen. Zurückgegangen ist seit 1910 die belgische Kohlenförderung. Eine höhere Förderung als Eigenverbrauch haben, abgesehen von den für den europäischen Kohlenmarkt nicht in Betracht kommenden Vereinigten Staaten von Nordamerika, nur Großbritannien und Deutschland. Oesterreich führt noch große Mengen Braunkohle aus, empfängt aber eine noch größere Menge Steinkohlen.

Nach demselben Bericht betrug die Weltproduktion an Holz 1905: 70, 1912: 118 Millionen Tonnen. Von letzteren kamen auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika über 42, auf Deutschland über 32, auf Großbritannien veranschlagt 20 (1912 waren es infolge des Generalstreiks nur 18,8 Mill. T.), auf Belgien 8,4, Frankreich 3,08, Oesterreich 2,68 Millionen Tonnen. Die Britische Produktion der Welt belief sich 1905 auf 21, 1912 auf 48 Millionen Tonnen, wovon Deutschland allein 27,2 lieferte.

Die Eisenerzförderung der Welt

mar nach dem genannten Bericht 48 Millionen Tonnen im Jahre 1885, 92 in 1900, 159 in 1912 und 174 Millionen Tonnen im Jahre 1918. In dieser Förderung waren hauptsächlich beteiligt (in Mill. Tonnen):

	1885	1900	1912	1918
Ver. St. von Nordamerika	7,78	27,9	56,0	59,9
Deutschland und Luxemburg	9,1	18,9	33,7	?
Großbritannien	13,6	14,2	14,0	16,2
Spanien	8,9	8,6	9,1	9,8
Frankreich	2,3	5,4	10,1	21,5
Schweden	0,87	2,6	8,7	7,4
Oesterreich-Ungarn	1,58	3,5	4,9	5,08
Rußland	1,09	6,10	7,99	?
Argentinien	0,41	0,60	1,19	1,35

Auch in dieser Tabelle tritt der starke Aufschwung der russischen Eisenerzindustrie hervor. Von den genannten Ländern führen wegen Mangel an eigenen Kohlen Spanien und Schweden ihre Eisenerzförderung zum weitaus größten Teil aus (auch nach Deutschland), auch Frankreich-Algerien und Rußland exportieren wegen derselben Ursache bedeutende Erzmengen. Deutschland und Großbritannien sind die größten Verbraucher ausländischer Eisenerze.

Die Hochofengeinnung der Welt betrug 1885: 19,8, 1900: 40,8, 1912: 75, 1918: 80,5 Millionen Tonnen, wovon 1918 entfielen auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika 31,46, Deutschland 19,80, Großbritannien 10,64, Frankreich 5,31, Rußland 4,78, Belgien 2,35, Oesterreich 2,31. Die Stahlerzeugung der Welt betrug 1900: 28,6, 1912: 73,8, 1918: 75,10 Millionen Tonnen. Im letzten Jahre wurden in Deutschland 18,9, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 31,8, 1912 in Großbritannien 7,01 Millionen Tonnen Stahl produziert.

Internationale Rundschau.

Nochmals die Greuel in Belgien.

Eine Bestätigung unserer Auffassung, die Erzesse eines Teils der belgischen Zivilbevölkerung seien auch aus den miserablen Lebensverhältnissen des Landes zu erklären, darum schon dürfte man nicht das ganze Volk wegen der schrecklichen Geschehnisse verurteilen, finden wir in einem von der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nummer vom 10. September) abgedruckten Bericht eines deutschen Großkaufmanns, der beinahe 20 Jahre in Brüssel lebte. Der nach dem Kriegsausbruch des Landes verwiesene Herr — er reiste am 7. August von Brüssel ab — schreibt:

„Er hat erfahren, daß schwere Mißhandlungen Deutscher vorgefallen sind; er ist persönlich Schmähdungen roher Menschen ausgeht gesehen. Es liegt ihm fern, irgend etwas Beschönigen zu wollen. Es ist ihm nur darum zu tun, festzustellen, daß diese Schandthaten nun zügellosen Vandalen verübt worden sind, die sich aus dem Mord, der Hefe des Volkes, zusammensetzten.“

Daß der Vöbel in Belgien zahlreicher ist und röhre Justiztat in sich führt als anderswo, dürfte wohl eine Folge der bekannten, recht mangelhaften Volkserziehung sein. Es sei darauf hingewiesen, daß Belgien immer noch keinen Schulzwang hat, wodurch ein sehr großer Teil der Kinder weder Schulunterricht, noch regelmäßigen Religionsunterricht empfangt, und von wirklichen Kulturstaaten derjenige ist, der bei den meisten Analphabeten aufweist.

Die Behörden hatten solche Ausschreitungen nicht vorausgesehen und den Kopf verloren. Die Polizisten waren, weil alle waffentüchtige Soldaten, am ersten Tage der Mobilisierung zum aktiven Heere eingezogen. Die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung war daher der Bürgerwehr (garde civique) anvertraut. Diese und die weniger auf dem Posten besessenen Polizisten waren weder zahlreich, noch umsichtig und energisch genug, um den Ausschreitungen Einhalt zu tun. Der Bürgermeister Mag erlich gleich am ersten Tage durch Anschlag die Zeitungen ein Verbot, in dem dringend gegen Ausschreitungen gewarnt wurde unter Hinweis darauf, daß die Stadt und somit die Steuerzahler für Beschädigungen ersparlich sein. Ich bin in den letzten Tagen mit vielen Belgiern der besseren Bürgerklasse zusammengekommen, die, obwohl über das deutsche Vorgehen erbittert, sich dennoch in anständiger Weise ausdrücken und die Ausschreitungen des Volks verurteilen.“

Die französischen Gewerkschaften und der Krieg.

Daß die französischen Gewerkschaftler einem „Nebankkrieg“ widerstehen, beweist auch ein Anschlag, den die französische Gewerkschaftsföderation am 2. August an den Mauern von Paris anlebte. Er lautet:

„Die bösen Mächte sind im Begriff zu triumphieren. Ein Hoffnungschein leuchtet noch, aber so schwach, daß die schlimmsten Ereignisse ins Auge gefaßt werden müssen. Wir wollen die Hoffnung für einen möglichen Frieden bewahren, wenn man uns auch nach dem Abgunde zerrt.“

Wie zu dieser Stunde ist das Konföderationskomitee auf seinem Kampfesposten geblieben, kämpfend für die Sache des Friedens. Gestern noch landte es an die internationale Arbeiterkraft einen hehren Aufruf. Wenn seine Anstrengungen scheinbar nicht das erfüllt haben, was wir mit Recht erwarteten, was die organisierte Arbeiterklasse erhoffte, so deshalb, weil uns die Ereignisse überempfindlich haben. Auch deshalb, wir müssen das in diesem hohen Augenblicke sagen, weil das Proletariat nicht genügend einmütig verstanden hat, was für ununterbrochene Anstrengungen nötig wären, um die Menschheit vor den Schrecken eines Krieges zu bewahren.

Frauen, die ihr in diesem Augenblicke weint, wir haben alles getan, um euch diese Schmerzen zu ersparen. Aber leider können wir jetzt nur die vollendete Tatsache bedauern. Kommen wir von unseren Kameraden ein größeres Opfer verlangen? Soviel und dies auch zu sagen kostet, wir antworten: Nein! Das, was wir von allen verlangen, das ist eine unerschütterliche Anhänglichkeit an die Gewerkschaften, die die beginnende Krise durchhalten und überdauern müssen. Ebenso sehr wie gestern müssen wir unsere Ideen und den Glauben an ihren endgültigen Sieg bewahren.

Die internationale Arbeiterbewegung wird immer das Ziel unserer Anstrengungen bleiben. Wir wollen nicht, daß sie die Zielrichtung unserer Hoffnungen, in dem Wirksamkeit vernichtet werde. Denn wir wissen, daß ein Tag kommen wird, wo sie die einzige Metzerin des Friedens und der Zivilisation sein wird, wenn die Völker ihr mehr Vertrauen entgegenbringen und ihre Kraft besser gesichert haben. — Die Konföderation der Arbeit.“

Mikände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Kaiser Friedrich. Das Gebinde ist hier auf verschiedenen Stellen gekürzt worden. Natürlich sagen die Beamten, es hätte zu hoch gestanden oder es sei zu viel verdient worden. Auf den Stellen, wo das Gebinde zu niedrig steht, wird aber nichts dabei getan. Auf einer Stelle waren 6,80 M. verdient worden. Da wurden 5 Pf. vom Wagen Kohlen abgezogen. In Flöz Kreftensberger wurden nur 4,62 M. verdient und 20 Pf. pro Wagen Kohlen abgezogen. Das Gebinde ist nicht allgemein gekürzt worden. Aber das ist auch kaum möglich, weil es schon zu niedrig steht. Es steht vielfach so, daß die Arbeiter nicht zu ausreichendem Lohn kommen. Die Beamten haben die Leute, wie man zu sagen pflegt, „in der Feder“. Jedenfalls ist dieses Verhältnis für die Arbeiter sehr nachteilig.

Beide Karl Friedrich. Die Schichtzeit der Uebertagsarbeiter ist hier seit dem 15. August auf 12 Stunden erhöht worden. Es kommen hauptsächlich Arbeiter in Frage, die bei der Förderung als Aufsänger, Abnehmer usw. beschäftigt sind und deren Schichtzeit nach § 7 Ziffer 2 der Arbeitsordnung höchstens bis zu 9 Stunden betragen soll. Die Leute glauben nun, es würde ihnen die Mehrzeit extra bezahlt. Von Beamten ist ihnen aber gesagt worden, daß das nicht der Fall sei. Vor dem Krieg wurde in zwei Schichten gefördert und zwar in der Morgen- und Mittagschicht. Morgens wurden etwa 800 bis 900 Wagen gefördert. Jetzt wird nur noch in der Morgenschicht gefördert und zwar 1300 bis 1850 Wagen. Das ist eine ganz bedeutende Mehrleistung und die Leute, welche bei der Förderung tätig sind, haben nicht einmal Zeit, ein Butterbrot zu essen. Die Förderleute müssen also weit angestrengter arbeiten wie früher, außerdem ist ihre Schichtzeit auf 12 Stunden erhöht, ohne daß ihnen für die Mehrleistung und die längere Arbeitszeit mehr gezahlt wird. Das ist Unrecht und muß böses Blut machen. Wir hoffen, daß hier eine Änderung geschaffen wird, wie sie dem Rechtsempfinden und der Billigkeit entspricht.

Beide de Wendel sendet uns folgende Verächtlichkeit: In Nr. 88 wird berichtet, daß Beide de Wendel ihre ganze Förderung verkohlend und man befürchte deshalb, daß die Arbeitsbeschränkung länger anhalten werde. Die Mitteilung ist unrichtig. Es wird selbstverständlich nur ein Teil der Förderung als Koks für die Kokserei zugeführt. Ende August mußte die Kokserei mangels jeglichen Abzuges stillgelegt werden. Arbeitslosigkeit ist hierdurch nicht entstanden. Es ist auch nicht beabsichtigt, wie die „B.-Z.“ behauptet, Entlassungen vorzunehmen. Unrichtig ist ferner, daß die Verwaltung die Arbeiter aufgefördert hat, auf einen Schichtlohn zugunsten des Gemeinunterstützungsfonds zu verzichten. Wohl hat der Arbeiterschuß angefragt, für die Familien der einberufenen Kameraden etwas zu opfern. Von einer „Füllung der Gemeindefassen“, zu der angeblich die Arbeiter wenig Lust verspürten, kann dabei keine Rede sein. Der schönen Anregung des Arbeiterschußes ist auch entsprochen worden, indem die Arbeiter 1200 Mark und die Beamten ca. 900 Mark aufgebracht haben. Verwaltung der Beide de Wendel. A. Hochstrate.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Mansfelder Gewerkschaft. Für etwa 2000 Arbeiter soll die Mansfelder Gewerkschaft um Entbindung vom Kriegsdienst bis zum 10. September ersucht haben, ein Beweis, daß Arbeitermangel da ist. Es ist auch ein großer Teil der nach dem großen Streik von 1909 gemäßigten Arbeiter wieder eingestellt worden; aber für einige war es sehr schwer unterzukommen. Es hat verschiedene Wege zum Direktor beauftragt, um verschiedene Betriebsführer zur Einstellung der Gemäßigten zu veranlassen. In einem Fall hat sogar ein Arzt seiner Abneigung gegen den Streik Ausdruck gegeben, bevor er die Untersuchung vornahm. Wir meinen, die Zeit ist nicht angetan zu solchen Auseinandersetzungen. Die Selbstlosigkeit, welche die Arbeitererschaft jetzt bewiesen, verdient wirklich eine andere Würdigung. Auf Ewigkeitsdauer ist der Bauer A., der zwei Tage krank gefeiert hatte, gefündigt worden. Jedenfalls wurde angenommen, der Mann habe willkürlich gefeiert. Das ist jedoch nicht der Fall; übrigens kann selbst ein Laie sehen, daß der Mann krank ist. Er hat etwa 31 Jahre Bergarbeiterschaft verrichtet und da ist es mit der Gesundheit bei allen Bergleuten schlecht bestellt. Aber selbst wenn der Mann willkürlich gefeiert hätte, rechtfertigte sich seine Kündigung nach Lage der Verhältnisse nicht. Was würde der Direktor sagen, wenn ihm so begehrt würde? Die Kündigung ist um so mehr zu bedauern, als der Mann mit seiner Familie mittellos dasteht und schließlich der Armenpflege zur Last fällt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Einen Ausbruch von Gefühlsrohheit

leitet sich ein Berichtskatter, der über die Ankunft der ersten Kriegsgefangenen in Wesele schreibt. Der Mann schildert das elende Aussehen der armen Teufel, die verlumpt und heißhungrig eintrafen. Als die mühsigen Gaffer sahen, daß die Gefangenen teilweise mit zerrißenen Lätzchen umherliefen, war es gierig nach „trockenen Brötchen und Brotkrumen“ griffen, „g a e s w a h r e L a d u n g e n!“

Wer über das Elend von wehrlosen Gefangenen in „wahre Ladungen“ ausbrechen kann und das noch in die Welt hinausschreut, der soll sich mit seiner „Kultur“ begnügen lassen. Jeder denkt denke Mensch wird den Kriegsgefangenen Feind beneiden und ihm möglichst wertvolle Hilfe leisten, wenn er Not leidet. Ob Belgier, Franzosen, Engländer, Russen oder was sonst noch immer: alle sind sie Menschen, unter Schmerzen geboren von einer Mutter, die vielleicht weinend zu Hause sich um den Sohn bangt! Die menschliche Anschauung lassen wir uns nicht rauben, mögen das auch Gefühlsrohheit oder gedankenlose Chauvinisten als „Schwäche“ beschreiben. Mit hoher Genugtuung lesen wir deshalb von den Stiebsstaten der Sanitätsmannschaften auch an dem Kriegsfeind. Jede Mitteilung von liebevoller Behandlung verwundeter und gefangener Soldaten empfangen wir mit wahrer Herzensfreude und dem sehnlichen Wunsch, jenseits der Grenzen möchte man auch erfahren, daß wir Deutschen als Kulturmenschen auch an dem hilflosen Kriegsfeinde handeln. Der schreckliche Krieg bringt Greuel hervor, hüten wir uns davon, diese als etwas „Selbstverständliches“ zu betrachten. Denn dann ist die Verrohung der Völker unabsehbar. Der heftige Großherzog schrieb vom Kriegsschauplatz an seine Frau, wenn man alles überlege, so sei der Krieg etwas „Unnatürliches!“ Das kann nicht oft und laut genug gesagt werden. Wir erhalten viele schauerlichen Nachrichten von Kriegsteilnehmern, Kameraden, die uns entsetzt von dem Erlebten und Geschehen berichten. Um so widerlicher sind uns darum Hoheitsausbrüche, wie sie der erwähnte Zeitungsschreiber fast rühmend erzählt. Ueberdenken wir, was an Menschen und Kulturwerten verborben ist und wird, was alles noch

Europa in Waffen.

Von diesem Kriege, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat, muß man sich erst eine Vorstellung verschaffen, wenn man seine Einzigartigkeit begreifen will. Wären wir zunächst einen Blick auf das Kriegsgelände. Auf der einen Seite stehen das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn, deren Gebiet 1 216 910 Quadratkilometer umfaßt. Deutschland hat 540 358, Oesterreich-Ungarn 676 061 Quadratkilometer. Das Ländergebiet der gemeinsamen Feinde beträgt dagegen, wenn man nur das russische Reich in Europa berücksichtigt, 7 612 502 Quadratkilometer, wenn man ganz Rußland einbezieht, 23,58 Millionen Quadratkilometer. Obenan steht das russische Reich mit 5,81 bzw. 21,84 Millionen Quadratkilometer. In weitem Abstand folgen mit 586 464 Quadratkilometer Frankreich, mit 318 649 Großbritannien. Diesen großen Ländern reihen sich an Serbien mit circa 84 000, Belgien mit 29 455 und Montenegro mit rund 15 000 Quadratkilometer. Sämtliche Länder Europas umfassen eine Fläche von 10 Millionen Quadratkilometer oder noch einmal den dreizehnten Teil der Erdoberfläche mit 184,7 Millionen Quadratkilometer. Von dem europäischen Ländergebiet von 10 Millionen Quadratkilometer befinden sich also zurzeit nicht weniger als 7,61 Millionen im Krieg. Berücksichtigt man, daß auch noch die meisten neutralen Länder in Europa mobil gemacht haben, so kann man ohne Uebertreibung sagen, daß das gesamte Europa sich im Kriegszustande befindet. Das ist aber schließlich in der Geschichte Europas nichts Neues, das Besondere des gegenwärtigen Krieges ist die numerische Uebermacht der gegnerischen Bevölkerung. Das Deutsche Reich zählt nach der letzten Zählung 64,92 Millionen, Oesterreich-Ungarn 51,39 Millionen, die beiden Länder zusammen also 116,31 Millionen Menschen. Die vereinigten gegnerischen Länder haben dagegen eine Bevölkerung von 280,01 Millionen Menschen; die sich auf die einzelnen Gebiete wie folgt verteilt: das russische Reich hat eine Bevölkerung von 168 Millionen, Großbritannien eine solche von 45,22, Frankreich von 39,60, Belgien von 7,42, Serbien von circa 4,40 Millionen und Montenegro von etwa 250 000 Menschen. Die Bevölkerung aller am Kriege beteiligten Länder stellt sich auf 378,32 Millionen Menschen. Erwägt man nun, daß Europa insgesamt 465 Millionen Einwohner, mit Einbeziehung des asiatischen Rußlands 498 Millionen haben mag, so sieht man, daß der Ausbruch „Europa in Waffen“ bei diesem Kriege in Wirklichkeit zutrifft. Die Bevölkerung der ganzen Welt kann man mit 1,672 Milliarden Menschen annehmen. Fast der dritte Teil der Menschheit ist also durch den jetzigen Krieg in direkte Mitleidenschaft gezogen.

Interessant ist noch eine Trennung der Bevölkerung nach dem Geschlecht. Auf der einen Seite 57, auf der anderen Seite 198 Millionen oder mehr als das Doppelte Männer. Die numerische Ueberlegenheit der Gegner ist damit sicherlich sehr erheblich. Aber an dieser Gegenüberstellung sieht man wieder einmal, wie vorsichtig man in der Wertung von Ziffern sein muß und was für eine schmerzerliche Wissenschaft die Statistik ist. Die numerische Ueberlegenheit braucht Deutschland und die Donaumonarchie keineswegs zu schrecken. Die Zahl der Menschen ist gewiß nicht gleichgültig, aber wichtiger ist die Qualität der Menschen.

